













## An die Stadtverordnetenwähler der 3. Abteilung!

Zu Beginn der kommenden Woche, am Montag den 8., Dienstag den 9. und Mittwoch den 10. November, findet die diesjährige Stadtverordnetenwahl für die dritte Abteilung statt. Im Laufe der letzten Wochen ist schon so außerordentlich viel über die Notwendigkeit der allseitigen Beteiligung an dieser Wahl gesprochen und geschrieben worden, daß es unnötig ist, an dieser Stelle noch einmal alle die Gründe zu wiederholen, die dafür sprechen, wie gerade die unteren Schichten der Bevölkerung das bedeutendste Interesse daran haben, daß endlich einmal ein freisittlich-fortschrittlicher Zug in das kommunale Leben der Stadt Halle getragen wird. Und das kann nur geschehen, wenn solche Männer ins Stadtparlament gewählt werden, die den Mut haben, die Interessen der unteren Klassen, der Arbeiter, der schlecht besoldeten niederen Beamten, der kleinen Handwerker und Geschäftleute wirksam zu vertreten, die unabhängig in jeder Hinsicht sind und nicht die Nähe einflußreicher Freunde zu fürchten brauchen, wenn sie gegen das Interesse der Einzelnen für die Interessen der Gesamtheit eintreten. Solche Männer sind aber nur die sozialdemokratischen Kandidaten!

Mit welchen Gegnern hat die Klasse der Nichtbesitzenden zu rechnen? Zunächst mit den Kommunalvereinigten, die seit je die rüchständigste Kommunalpolitik verfolgt haben; eine Politik, die den heutigen Steuerzahlern Millionen und Abermillionen gekostet hat und noch kosten wird. Dann mit den Vertretern der Beamtenschaft, die sich in den meisten Fragen der städtischen Politik auf die Seite der Besitzenden, namentlich der „Erfüllbaren“ stellen. Können diese Leute die Interessen der gewaltig großen Masse der Bevölkerung, wie sie sich in der dritten Wählerabteilung darstellt, vertreten? Nein, sie können es nicht, weil sie, nach tausend Richtungen gebunden, in unendlich vielen Dingen vollständig abhängig sind von dem Wohlgefallen einzelner Weniger. Diesen Gegnern stehen die Sozialdemokraten als tatsächlich freie Männer gegenüber. Wer das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie gelesen hat, weiß, daß hier etwas Großes für die breiten Massen der Städtebevölkerung geschaffen worden ist. Und die Sozialdemokratie ist gewöhnt, jedermann weiß es, nach ihrem Programm zu handeln, nicht wie die Kommunalpolitiker des gesamten Stadtfreisinn, für die das Programm bei der praktischen Arbeit stets nur auf dem Papier steht!

Diesmal gilt es für die entrechteten Massen der dritten Abteilung, ein Mandat — das des Stadtverordneten Gerig — in Halle-Nord zu verteidigen. In Halle-Nord dagegen sind sieben Mandate zu erobern. Sechs von ihnen auf 6 Jahre, eines zum Ersatz auf 2 Jahre. Daß die Arbeiterschaft, die unteren Klassen der Bevölkerung überhaupt, freisittlich gefinnene Männer — Sozialdemokraten — ins Stadtparlament bringen können, unterliegt keinem Zweifel. Mehr als 5000 Wähler aus den Reihen der Arbeiterschaft sind 1907 nicht zur Wahl gegangen. Das ist bejämmernd für diejenigen, die sich nicht zur Wahl aufraffen konnten! Nur die Hälfte dieser Nichtwähler brauchte zur Wahl zu gehen und die Sozialdemokratie hätte glänzend gesiegt, die kleine sozialdemokratische Fraktion hätte in vielen Fragen entscheidendes Gewicht gehabt zum Vorteil für die Einwohnerschaft der Stadt. Das muß diesmal anders werden! Zunächst muß das Mandat in Halle-Nord

mit viel größerer Stimmenzahl als bei der vorigen Wahl gehalten werden. Die Wortorte müssen diesmal eine imposante Wählerziffer für die Partei der werktätigen Bevölkerung stellen. Dann aber ist es unbedingt nötig, daß die sieben Mandate der Altstadt glatt im ersten Wahlgange geholt werden!

Wahl ist die Wahl öffentlich. Aber was kann der Zorn der Besitzenden der Gesamtheit der Nichtbesitzenden anhaben, wenn diese so wählen, wie es ihren Interessen entspricht? Gar nichts! Nur Mut müssen alle die vielen Darbenden, die politisch wie wirtschaftlich Entrechteten zeigen. Den Mutigen gehört die Welt. Die 25 000 Nichtbesitzenden der dritten Wähler-Abteilung sind in der größten Mehrzahl mit den Herzen auf der Seite der Sozialdemokratie. Ihre Überzeugung ist die der Partei des Fortschritts, der Kultur. Sie müssen sie aber offen und frei bekunden, damit der Gegner Respekt bekomme vor der stolzen Mannhaftigkeit der Besitzlosen.

Damit der Sieg für die Sache des schaffenden Volkes errungen werde, ist die Kenntnis einiger praktischer Dinge bei der Wahl vorzuziehen.

Jeder Wähler in der Altstadt wählt fämtliche sieben Stadtverordnete. Vor den Wahllokale befinden sich Stimmentzettel-Verteiler, die Zettel mit den Namen der sieben Kandidaten ausgeben. Diese Namen brauchen nur laut und deutlich am Wahlstisch vorgelesen werden. Gewählt wird an den drei Tagen von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Jede Wähler gehe möglichst außerhalb der Mittagszeit und wenn irgend angänglich, schon am ersten oder zweiten Tage zur Wahl. Wer wählen geht, muß die ihm vom Magistrat zugesehene Legitimationskarte einstecken. Sie wird ihm am Wahlstisch abverlangt werden. Wer seine Legitimationskarte verlegt oder verloren hat, muß sich jetzt unverzüglich unter Mitnahme einer anderen Legitimation zum Wahl-Bureau, Rathausstraße 19, II, begeben, um dort Ersatz zu bekommen. Die Wahllokale werden in den nächsten Tagen abermals bekannt gemacht. Für die Wortorte gelten dieselben Vorschriften, nur mit dem Unterschiede, daß hier nur ein Kandidat genannt zu werden braucht.

Bis zum Tage der Wahl muß von den mit der Sache der Sozialdemokratie sympathisierenden Wählern jeder Augenblick ausgenutzt werden, um vor allen Dingen die Bauern und Furchtsamen aufzuwecken und die Indifferenten und Unbelehrten aufzuklären. Jeder Partei- und Gewerkschaftsangehörige gehe zu seinen Nachbarn, Bekannten und Freunden, um die Stadtverordnetenwahl in Erinnerung zu bringen. Sie kennen ihn, er wird auf sie am ehesten einen Einfluß im freisittlichen Sinne geltend machen können. Auch die Frauen der unteren Bevölkerungsschichten müssen ihren Einfluß geltend machen, vor allen Dingen auch bei den Leuten, denen sie beim Einkauf ihre wenigen Groschen hintreiben. Ein Vorspiel zur Reichstagswahl soll die Stadtverordnetenwahl sein. Ein Sieg bei der Stadtverordnetenwahl muß für die Reichstagswahl höchste Kraft und Zuversicht verleihen.

Keine Wahlmüdigkeit, bevor nicht beide Kämpfe glänzend durchgeföhren

**Parteilgenossen, Stadtverordnetenwähler, ans Werk!**

### 3. Generalversammlung

#### Krankenkassen-Verbandes im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anh. zu Halberstadt.

Die am Sonntag, den 31. Oktober, und Montag, den 1. November, stattgefundene diesjährige Generalversammlung hat infolgedessen die wichtige Tagesordnung erledigt, als im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden, Kaffers, um zur Reichsversicherungsordnung ausführlich Stellung genommen wurde. Hier waren es hauptsächlich Redakteure, die in sachmännischer Weise die Reichsversicherungsordnung zerlegten. Von 94 dem Verbande angeschlossenen Klassen waren 71 mit 111 Delegierte vertreten. Die 71 Klassen hatten 116 683 männliche und 48 049 weibliche Mitglieder, insgesamt also 164 732.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden, Genossen Brandes-Magdeburg, ergab sich, daß dem Vorstande im vorliegenden Jahre wichtige Aufgaben oblagen hatten. Zu erwähnen sind hier zunächst die Verhandlungen für die nächsten Jahre und zum Ausschluß. Mehrere Klassen stehen hier noch mit Vorfragen aus. An einzelnen Orten sind mit den nächsten neue Verträge abgeschlossen worden, wobei auch der Vorstand mitgewirkt hat. Der Errichtung von Fürsorgestellen für Lungenerkrankte, ebenso der Errichtung von Arbeiterwohnstätten wird die nötige Beachtung geschenkt. Auch mit der Aufstellung eines Verbandes der Fabrikanten hat man sich im vergangenen Jahre befaßt, jedoch sieht der Vorstand der nächsten Tage lieber heute noch davon ab, eine bestimmte Vorlage zu unterbreiten.

Nach dem Kassensbericht war eine Erhöhung von 1890,04 Mark und eine Ausgabe von 1878,87 Mark zu verzeichnen. Der Kassenbestand beläuft sich auf 941,77 M. Dem Gesamtvorstande wurde Entlastung erteilt.

Nunmehr erhielt der Mandat Wendlandt-Magdeburg das Wort zum ersten Referat über die Reichsversicherungsordnung. Weiter behandelte die §§ 1-106. Mandant referierte weiter Mandant Jungmann-Weißfels über die §§ 197-254, Mandant Leffe-Magdeburg über die §§ 255-303, der Vorsitzende des Ortskassenvereinsverbandes zu Halle, Gen. Seyn, über die §§ 364-434, Mandant Thiele-Galle a. S. über die §§ 435-457, Mandant Wendlandt-Magdeburg über die §§ 458-589, Mandant Dube-Cuedlinburg über die §§ 590-621, Kreisreferent Wöhlinger-Magdeburg über die Unfallversicherung, Mandant Jungmann, Kreisreferent über die Invalidenversicherung, Kreisreferent Ullrich-Magdeburg über die Invalidenversicherung, Mandant Gabel-Magdeburg über die Beziehungen der Reichsversicherungsordnung zueinander, Kreisreferent Gabel-Magdeburg, Kreisreferent über die Beziehungen der Reichsversicherungsordnung zueinander, Mandant Wendlandt über das Beschäftigungs- und Beschwerdeverfahren. Von den Referenten kann ausnahmslos gesagt werden, daß sie mit großem Fleiß an der Vorberbeitung der Materie herangegangen waren und es bezeugen, auch fast jeden einzelnen Paragraphen, der betreffenden Vorberbeitung ist, herausgehoben. Gegen geplante Reichsversicherungsordnung wurde protestiert, die Reichsversicherung selbst, Erweiterung der Selbstverwaltung verlangt und die weitere Ausdehnung der Reichsversicherung als notwendig bezeichnet. Durch zahlreiche Beispiele aus der Praxis wurde die Unzulänglichkeit der Vorlage nachgewiesen und lieber den bisherigen Zustand

beibehalten, als wie die Reichsversicherungsordnung in der jetzigen Form zur Annahme zu empfehlen, so referierten mehrere der Referenten. Eine Diskussion über die Referate fand nur vereinzelt und dann immer nur eine sehr kurze statt. Gen. Thiele-Galle a. S. bezeichnete zum Schluß der Diskussion die diesjährige Generalversammlung als die wichtigste und lehrreichste für die Klassen, die bisher stattgefunden habe und ermahnt, in Zukunft größere Referate möglichst wegzulassen zu lassen und wie heute zu verfahren. Im Anschluß hieran soll bemerkt werden, daß jedem Referenten 20 Minuten Redezeit zur Verfügung standen. Das Ergebnis der Referate resp. Diskussion wurde alsdann in folgendem Vortrage zusammengefaßt:

Die Generalversammlung beauftragt das Bureau, die bei der Besprechung der Reichsversicherungsordnung aufgeworfenen Schäden und Mängel zusammenzufassen und sie der Reichskommission der Krankenkassen als Material zur Weitergabe an die zuständigen Instanzen zu überreichen.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung behandelte Herr Wendlandt-Magdeburg das Thema „Praktische Verwaltungsvorgänge“. Seltens des Vorhandes werden den einzelnen Klassen alljährig Fragebogen zur Verantwortung überreicht und das Ergebnis derselben wird dann vom Vorstande unterbreitet. Das gleiche ist der Fall mit der Verantwortung der eingegangenen Streitigkeiten. Nach Schluß der letzten Diskussion zu diesem Punkte empfahl Genosse Brandes, prinzipielle Streitfragen bis zur letzten Instanz nachzuschieben.

Anschließend wurde die Resolution des Vorsitzenden angenommen und Herr Brandes-Magdeburg einstimmig wiedergewählt. Als Ort der nächsten Generalversammlung







